

Gerangel um Gedenken

Geplante Solingen-Feierstunde mit türkischem Außenminister im Landtag sorgt für Unruhe

Düsseldorf. Ein möglicher Auftritt des türkischen Außenministers Mevlüt Cavusoglu im Landtag sorgt für erhebliche Irritationen. Inzwischen droht sogar das Gedenken an den Brandanschlag von Solingen, der sich am 29. Mai zum 25. Mal

jährt, überschattet zu werden. Gestern Abend wollte Landtagspräsident André Kuper (CDU) sein Parlamentspräsidium und die Fraktionspitzen zu einer Krisensitzung zusammenrufen.

Ministerpräsident Laschet (CDU) ist seit Jahresbeginn mit Mevlüt Cavusoglu im Gespräch, die beim Anschlag zwei Töchter, zwei Enkelinnen und eine Nichte verloren hatte. Das Land will zum Jahrestag des Anschlags eine besondere Gedenkstunde in Düsseldorf ausrichten. Auf Bitten der Familie Genc hat Laschet da auch einen türkischen Regierungsvertreter eingeladen. Außenminister Cavusoglu hat zugesagt, nach Düsseldorf und Solingen zu kommen. Die Familie Genc fühle sich eben beiden Ländern sehr verbunden.

Da jedoch am 24. Juni in der Türkei überraschend vorgezogene Parlaments- und Präsidentenwahlen



Mevlüt Cavusoglu FOTO: IMAGO

stattfinden, gibt es Vorbehalte, die Gedenkveranstaltung könnte für eine Wahlkampfrede an die 1,4 Millionen stimmberechtigten Türken in Deutschland missbraucht werden. SPD-Fraktionschef Thomas Kutschatay sprach von „großer

Sorge“. Offenbar wurden die Abgeordneten auch nicht frühzeitig informiert, dass die zentrale Gedenkfeier mit dem türkischen Außenminister im Landtag stattfinden soll. In Teilen von SPD und Grünen herrscht blankes Entsetzen, dass ausgerechnet im Düsseldorfer „Haus der Demokratie“ ein Vertreter der zunehmend autokratischen Erdogan-Regierung sprechen könnte.

Landtagspräsident Kuper ist nun in einer schwierigen Lage. Familie Genc soll Kuper bereits geschrieben haben, wie traurig sie darüber sei, dass das Gedenken an ihre ermordeten Kinder von der Politik überlagert werde. Eine Ausladung Cavusoglus wäre ein Affront gegenüber der Opfer-Familie und würde in der Türkei großes Unverständnis hervorrufen. Eine Verlegung der Gedenkfeier in Laschets Staatskanzlei wurde gestern als Ausweg erwogen. *tobi*